40 Jahre Gebietsreform in Marburg

von Ulrich Hussong

In Politik und Gesellschaft mag so einiges passieren in der Zeit – die Grenzen der Gebietskörperschaften bleiben erstaunlich konstant.[1] Das gilt für die eher statischen Dörfer, deren Einwohnerzahl zwar je nach Krieg, Seuchen und Hungersnöten schwankte, aber deren Grenzen davon nicht berührt wurden. Das gilt auch für die dynamischeren Städte, die bei aller inneren Entwicklung über die Jahrhunderte hinweg ein gleichbleibendes Territorium aufweisen.

Die Stadt Marburg entwickelte sich sprunghaft in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts, nahm dabei einige umliegende Dörfer in sich auf, um dann seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts flächenmäßig kaum noch zu wachsen.[2] Die Gemarkung, deren Grenzen wir erst in der frühen Neuzeit näher bestimmen können, war nicht groß, denn die benachbarten Dörfer Ockershausen, Marbach, Wehrda und Cappel hatten ihre eigene Flur. Nur der Stadtwald lag etwas entfernt. Die übrigen Waldgebiete im Westen und im Osten der Stadt gehörten zur Landgrafschaft Hessen.[3] Im Zuge der Verdichtung der Verwaltung im 16., 17. und 18. Jahrhundert wurde die Grenze metergenau festgelegt und durch Grenzsteine markiert.[4] Wenn der katholische Pfarrer von Schröck bei einer Prozession am Elisabethbrunnen auf

1 Geringfügig veränderter Wortlaut des Festvortrags anlässlich der Veranstaltung »40 Jahre Gebietsreform« am 4. Juli 2014 im Historischen Saal des Marburger Rathauses. Beigefügt sind Nachweise, insbesondere zu Quellen und Literatur der Marburger Verhältnisse.

2 Friedrich Küch: Quellen zur Rechtsgeschichte der Stadt Marburg, Bd. 1 (VHKH 13,1), Marburg 1918, ND 1991, S. 5 f. u. 33.

3 Nachzeichnung der Gemarkung um 1720 nach Hermann Rudolphi und dessen Sohn Johann Engelhardt durch Bernhard Niemeyer in: Friedrich Küch und Bernhard Niemeyer: Die Bau- und Kunstdenkmäler im Regierungsbezirk Kassel, Bd. 8: Kreis Marburg-Stadt, Kassel 1934, Tafel 7. Größter Grundbesitzer war der Deutsche Orden, es folgten die Landesherrschaft und die Stadt (zusammen etwa die Hälfte der Gemarkung). Eine offizielle Grenzbeschreibung wurde im Zuge der Erarbeitung der sogenannten Kataster-Vorbeschreibung angefertigt; siehe § 28 in: Ulrich Hussong (Bearb.): Marburg im Jahre 1776. Eine topographisch-statistische Beschreibung (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 77), Marburg 2003, S. 135–137; vgl. zur Entstehung S. 9–16. Abschriften dieser Grenzbeschreibung finden sich in dem Aktenband über den jährlich vorgenommenen Grenzgang (Stadtarchiv Marburg (= StA MR), 2 B 333), bei dem im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Grenzsteine kontrolliert wurden.

4 Grenzstreitigkeiten vom 16. bis zum 18. Jahrhundert sind dokumentiert mit den Nachbargemeinden Wehrda (StA MR, 2 B 335, ein Aktenband mit einer Höhe von 14 cm), Marbach (StA MR, 2 B 345), Gisselberg (StA MR, 2 B 346) und dem Deutschen Orden (StA MR, 2 B 347, 349 u. 350).

den Lahnbergen Lieder singen ließ, führte das zu diplomatischen Verwicklungen zwischen der Landgrafschaft Hessen-Kassel und dem Kurfürstentum Mainz.[5]

Die Gemarkung blieb in kurhessischer Zeit unverändert,[6] auch in preußischer Zeit bis zum Ende der Monarchie, als sich die Stadt am Schloßberg, im Süd- und Biegenviertel und rund um den Bahnhof stark ausdehnte. Allerdings gab es 1913 den Versuch, Ockershausen, Marbach und Wehrda einzugemeinden, weil die drängende Raumnot von Marburg, das im Talkessel eingeengt liegt, die Stadt über ihre Grenzen hinauswachsen ließ. Der Landkreis forderte für die Ausgemeindung dieser Dörfer und der Stadt Marburg eine Millionensumme.[7] Der Erste Weltkrieg stoppte das Vorhaben.[8]

Im übrigen Deutschland war es ähnlich: Die Städte wuchsen, aber innerhalb ihrer hergebrachten Grenzen. Erst 1918, nach dem verlorenen Weltkrieg und der Abschaffung der Monarchie, begann eine Diskussion um territoriale Neugliederungen. Auf kommunaler Ebene führten sie 1920 zum Groß-Berlin-Gesetz und 1937 zum Groß-Hamburg-Gesetz. Die damals geschaffenen Grenzen der beiden größten deutschen Städte gelten weitgehend unververändert noch heute. Immerhin gingen die lange Zeit größte Stadt Schleswig-Holsteins und mehrere weitere Städte in der Hansestadt an der Elbe auf. Berlin verleibte sich ebenfalls mehrere Großstädte und zahlreiche Kleinstädte und Dörfer ein. Der Durchmesser des Stadtgebietes beträgt seitdem fast 45 Kilometer.[9]

Das Hauptziel der Verwaltungsreformer der Weimarer Republik lag allerdings nicht auf kommunaler Ebene. Sie wollten ein Gleichgewicht der Länder erreichen, indem sie den übermächtigen Freistaat Preußen in einzelne Einheiten aufteilten, doch die maßgeblichen politischen Kräfte, darunter die Wirtschaft und die Sozialdemokratie, wollten den Freistaat Preußen nicht liquidieren.[10] Bestrebungen, die beiden Hessen, Nassau, Waldeck und Wetzlar zu vereinigen – ein solches Land hätte das heutige Hessen und ein Viertel von

---

5 Ulrich Hussong: Der Elisabethbrunnen im 18. und 19. Jahrhundert, in: Neue Schröcker Chronik (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 102), hrsg. v. Lothar Weitzel, Marburg 2014, S. 260–262.

6 Diskutiert wurde ab 1824 eine Erweiterung der Stadt entlang des Barfüßertors und am Grün; vgl. Ulrich Hussong: Zwischen Fronhof und »Heiligem Kreuz«. Das Gebiet der Universitätsstraße vor der Bebauung, in: Die Universitätsstraße in Marburg (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 100), Marburg 2013, S. 40–43. Verlängert wurde die Elisabethstraße; vgl. G. Ulrich Grossmann: Marburger Wahrzeichen, Marburg 1979, S. 126–129.

7 StA MR, 4 D 1954; vgl. Elmar Brohl: Das Stadtbauamt 1814–1947, in: Mit Reißzeug und Computer. Festschrift zur Einweihung des Weißen Rosses als Stadtbauamt (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 36), Marburg 1992, S. 209.

8 StA MR, 4 D 1960 u. 1962.

9 Größte Stadt, die einen neuen Namen erhielt, wurde Wuppertal mit damals 415.000 Einwohnern. Über die umstrittene Fusion siehe Kurt Schnöring: 70 Jahre Wuppertal. Stadtchronik 1929–1999, Horb am Neckar, 2. Aufl. 1999, S. 5–14.

10 Ulrich Reuling: Reichsreform und Landesgeschichte. Thüringen und Hessen in der Neugliederungsdiskussion der Weimarer Republik, in: Aspekte thüringisch-hessischer Geschichte, hrsg. v. Michael Gockel, Marburg 1992, S. 257–308; StA MR, 4 D 2834; Dieter Rebentisch: Der Gau Hessen-Nassau und die nationalsozialistische Reichsreform, in: NassAnn 89, 1978, S. 128–162. Zur Verwaltungsgliederung der heute hessischen Gebiete vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1939, auch mit Einwohnerzahlen der Städte, siehe Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahr-

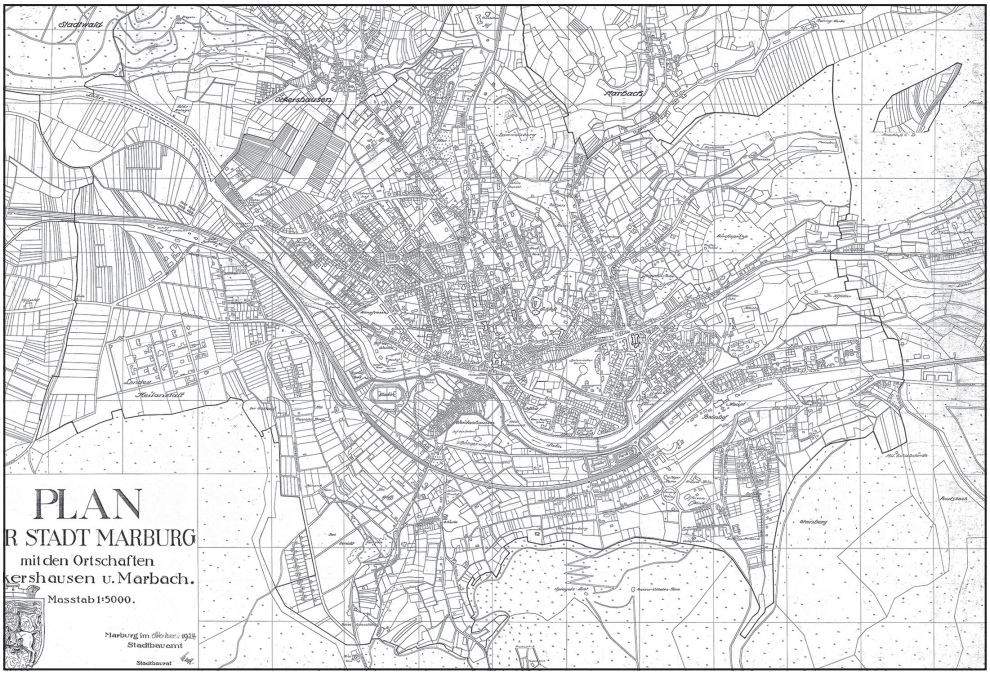

Abb. 1: Marburg 1924, vor der Eingemeindung von Ockershausen
[Stadtverwaltung, Fachdienst Vermessung]

Rheinland-Pfalz umfaßt – wurde unter anderem von der Marburger Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.[11]

In dieser Zeit wurde das Dorf Ockershausen als Stadtteil nach Marburg eingemeindet; der Zusammenschluß trat 1931 in Kraft.[12] Die kaum weiter entfernten Dörfer Marbach,

hunderts. Textband (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung), Hannover 1977, S. 301–307.

11 Thomas Klein: Preußische Provinz Hessen-Nassau 1866–1944/45, in: Handbuch der hessischen Geschichte, Bd. 4,2 (VHKH 63), Marburg 2003, S. 354; StA MR, 4 D 1177.

12 StA MR, 4 D 1951 u. 1961 (Abschrift des Eingemeindungsvertrags vom 6. September 1929); Preußische Gesetzsammlung 1930, Nr. 38, S. 287 f. (auch in: StA MR, 4 D 1963), woraus hervorgeht, dass der Landtag zwar beschloß, den Schlachthauszwang auf Ockershausen für die Dauer von 15 Jahren nicht auszudehnen (§ 5), die im Vertrag enthaltene Verpflichtung der Stadt Marburg, die Gemeinde Ockershausen sofort an die städtische Wasserleitung anzuschließen, neben weiteren Punkten nicht übernahm; zum Wohnungsbau: StA MR, 3 C 6315, S. 217–301; Brohl: Stadtbauamt (wie Anm. 7), S. 228. Zunächst hatte die Gemeindevertretung von Ockershausen bei acht Stimmen und vier Enthaltungen eine Eingemeindung abgelehnt (StA MR, 4 D 1954). Zur Rolle von Johannes Erb als Befürworter der Eingemeindung vgl. StA MR, 4 D 304, S. 65/9 u. 136 (eigene Äußerung). Georg Fülberth und Hans Hahn: Die Lösung: Eingemeindung, in: Ockershausen. Seine Geschichte in Wort und Bild (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 26); Marburg 1988, S. 445–449 mit Betonung der Rolle von Johannes Erb (und legendären Ausschmückungen); ebenso Reinhold Drusel: Eine Zeit in Marburg.

Wehrda und Cappel aber ließen sich trotz aller Bemühungen der Hoheit des Landrats[13] nicht entziehen, der die Kreisfreiheit der Stadt Marburg[14] hinnehmen mußte und sich durch die Eingemeindung des Kreises Kirchhain nicht hinreichend kompensiert sah.[15] Die Gemeindevertretungen von Marbach und Wehrda lehnten eine Eingemeindung ab.[16]

Noch mehr an Fläche als Ockershausen und seine Gemarkung, aber keinen einzigen zusätzlichen Einwohner, erbrachte die Aufteilung der Staatsforste 1928, die bislang eigene Gemarkungen gebildet hatten und zwischen den Ortschaften saßen. Marburg vergrößerte sein Gebiet auf den Lahnbergen zwischen Waldtal und Großseelheimer Straße,[17] mehr noch

---

40 Jahre Kommunalpolitik. Innenansichten eines kritischen Sozialdemokraten, Gießen 2002, S. 29 f., Erb habe den Eingemeindungsvertrag »maßgeblich gestaltet«. Erb wurde von den Nationalsozialisten verfolgt; vgl. Ulrich Hussong: Die Verwaltung der Stadt Marburg in der nationalsozialistischen Zeit, in: Hundert Jahre Historische Kommission für Hessen 1897–1997. Festgabe dargebracht von den Autorinnen und Autoren der Kommission (VHKH 61), Marburg 1997, S. 1041–1043; Sarah Wilder, Alexander Cramer und Dirk Stolper: Marburger Rathaus und Nationalsozialismus. Gleichschaltung der Selbstverwaltung im Dritten Reich und NS-Vergangenheit städtischer Mandatsträger nach 1945 (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 109), Marburg 2018, S. 47, 59, 61, 65, 299 u. 331 f. Zum Universitätsjubiläum 1927 schrieb er ein Gedicht, StA MR, 3 C 4083, nach S. 91 Nr. 62. Ein Lebensbild fehlt.

13 Zu den Aufgaben eines Landrats und dem territorialen Umfang der Kreise siehe Armin Sieburg: Aus drei mach eins … Aus den Altkreisen Biedenkopf, Kirchhain und Marburg wird ein Kreis, in: Eingekreist. Land und Leute in Marburg-Biedenkopf (2000), S. 41–46; Nachdruck in annähernd gleicher Form unter dem Titel »Zur Entstehung des Landkreises Marburg-Biedenkopf«, in: Jahrbuch des Landkreises Marburg-Biedenkopf 2014, S. 163–171; grundlegend zur Behörde, dem territorialen Umfang und den leitenden Beamten noch immer: Ulrike List und Peter Geissler (Bearb.): Repertorien des Hessischen Staatsarchivs Marburg, Bestand 180 Landratsämter: Marburg. 1821–1952, Marburg 1975, S. XVII–XXXI (Ulrike List); Karl Huth: Der Landkreis Marburg-Biedenkopf. Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Marburg 1979, S. 109–113. Zum Kreis Marburg gehörten ab 1821 die bislang zum Amt Amöneburg zählenden Dörfer Bauerbach und Ginseldorf; vgl. Thomas Klein (Bearb.): Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, Reihe A: Preußen, Bd. 11: Hessen-Nassau, Marburg 1979, S. 87 f. (nicht richtig Huth: Landkreis (wie Anm. 13), S. 111). 1886 wurde das bis 1821 ebenfalls zum Amt Amöneburg gehörende, dann dem Kreis Kirchhain zugeteilte Schröck dem Kreis Marburg zugewiesen; vgl. Huth, Landkreis (wie Anm. 13), S. 139. Alle drei Dörfer sind seit der Gebietsreform Teil der Stadt Marburg. Zu Stadt- und Landkreis siehe auch Grundriß Verwaltungsgeschichte, Anm. 13, S. 399–404.

14 Ab 1924 betrieben und ab dem 1. April 1929 wirksam: StA MR, 4 D 1956 u. 1960; vgl. Klein: Grundriß (wie Anm. 13), S. 399; List u. Geissler: Landratsämter (wie Anm. 13), S. XXI. Oberbürgermeister Johannes Müller (im Amt 1927–1933) rechnete sich 1946 bei einer erneuten Bewerbung als Verdienste zu: 1. Ausscheiden der Stadt aus dem Kreis, 2. Eingemeindung von Ockershausen; vgl. Wilhelm Kessler: Die Oberbürgermeister und Bürgermeister der Universitätsstadt Marburg an der Lahn (Maschinenschriftliches Manuskript 1974–1978, Exemplar im StA MR), S. 995.

15 StA MR, 4 D 1959 zu Marbach: Bürgermeister Freudenstein war bei allen Vorbehalten gegenüber Marburg einer Eingemeindung nicht abgeneigt. Das Vorhaben scheiterte am Landrat; StA MR, 4 D 2170: Antrag auf Eingemeindung von Marbach und Wehrda (1932).

16 StA MR, 4 D 1954, 1956 (Eingemeindungsverhandlungen mit Marbach seit 1925, S. 71), 1957 u. 1958.

17 List u. Geissler: Landratsämter (wie Anm. 13), S. XXI. Die Gemarkung, die bislang an 1.200 Hektar umfaßte, wuchs um 475 Hektar; vgl. Walter Kürschner: Geschichte der Stadt Marburg, Marburg 1934, S. 296.

benachbarte Dörfer wie Cappel, zu dem seitdem der erwähnte Elisabethbrunnen gehört, was man weder in Cappel noch in Schröck so richtig weiß.[18] An einer Stelle wurde die Aufteilung des Waldes noch einmal korrigiert, nämlich dort, wo das Sanatorium Sonnenblick[19] errichtet werden sollte, und im benachbarten Wald südlich der Großseelheimer Straße. Eine Einrichtung, die eng mit der Marburger Universität zusammenarbeiten sollte, konnte nach den Vorstellungen der Zeit nur auf dem Gebiet der Stadt Marburg seinen Sitz haben, nicht im Dorf Cappel.[20] Der Gebietsgewinn, den Marburg auf den Lahnbergen erzielte, war die Voraussetzung dafür, dass dort nach dem Zweiten Weltkrieg ein neuer Stadtteil, der Richtsberg, gegründet werden konnte.[21]

1939 wurde angeregt, die umliegenden Dörfer einzugemeinden, weil ein großer Flächenbedarf für die NSDAP, die Wehrmacht, den Flugplatz und vor allem den Wohnungsbau berechnet wurde.[22] 1942 wurden streng vertrauliche Verhandlungen über die Wiedereingliederung der Stadt Marburg in den Landkreis geführt. Sie wurden abgebrochen, weil die Umwandlung von Landkreisen während des Krieges nicht weiter erörtert werden durfte.[23]

Nach dem Zweiten Weltkrieg forderte der »Staatspolitische Ausschuß« am 10. September 1945 die Eingemeindung der sogenannten »Hausdörfer« um Marburg, um auf deren Wohnraum zugreifen zu können. Er erinnerte an ältere Eingemeindungspläne und wollte den früheren Nazi-Oberbürgermeister zu Verhandlungen bevollmächtigen. Der aktuelle Oberbürgermeister schrieb die Angelegenheit sofort »zu den Akten« und ließ sie in der Versenkung verschwinden.[24] Stadtbaurat Dierschke forderte 1946 in einem Gutachten die Eingemeindung von Marbach, Wehrda, und Cappel.[25] In einer Zeitungsdebatte bekundete die Stadt Marburg 1949 erneut Interesse an der Eingemeindung dieser drei Dörfer. Der Landrat ließ den ins Feld geführten Flächenbedarf für Industrieansiedlung nicht gelten und verwies den Marburg auf das entmilitarisierte Gelände in Stadtallendorf.[26] Durch

18 Vgl. Waldemar Küther (Bearb.): Cappel. Ein Marburger Hausdorf, Marburg 1976, S. 318 f.

19 Brohl: Stadtbauamt (wie Anm. 7), S. 230.

20 Weitere Eingemeindungen von Gebietsflächen Wehrdas: StA MR, 4 D 1952, 1962 u. 2296.

21 Die Eingemeindungen von 1930 (Ockershausen und die Waldstücke auf den Lahnbergen und Teile von Marbach) vergrößerten die Gemarkung Marburgs um weitere 520 Hektar auf jetzt 2194 Hektar; vgl. Kürschner: Marburg (wie Anm. 17), S. 296 f.

22 StA MR, 4 D 1956.

23 StA MR, 4 D 1955 u. 1960.

24 StA MR, 4 D 1038; knappe Erwähnung bei John Gimbel: Marburg nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes, in: Marburger Geschichte, hrsg. v. Erhart Dettmering und Rudolf Grenz, Marburg 1980, unveränderter Nachdruck mit ergänzendem Anhang 1982, S. 659.

25 StA MR, 4 D 2170; zu Werner Dierschke vgl. Hussong: Verwaltung (wie Anm. 12), S. 1028; Wilder, Cramer u. Stolper: Rathaus (wie Anm. 12), S. 86, 98–100, 110, 207, 301–303 u. 329.

26 Marburger Presse, 5. und 8. Februar 1949, auch in: Hessisches Staatsarchiv Marburg (= HStAM), Best. M 108, Nr. 118. 1952 beantragte die Stadt Marburg die Eingemeindung von Gebietsteilen der Gemarkung Cappel, was der Kreistag einstimmig ablehnte; StA MR, 4 D 2262. Ein Abgeordneter teilte mit, dass das von der Stadt beanspruchte Gebiet als Industriegelände im Cappeler Bebauungsplan vorgesehen sei; Oberhessische Presse vom 29. April 1952.

Geländetausch zwischen Marburg und Bauerbach auf den Lahnbergen wurde um 1960 der Bau der Universitätsgebäude vorbereitet.[27]

Ende der sechziger Jahre kam im gesamten Bundesgebiet der Gedanke einer Neuordnung von Städten und Gemeinden auf. Die kleinteiligen Gebietsgrenzen seien für eine moderne Verwaltung nicht mehr geeignet und gehörten verändert. Wichtige Bereiche des Baurechts, die Aufstellung von Flächennutzungsplänen und die Industrieansiedlung seien nur noch von Spezialisten zu bewältigen.[28] Kleine Gemeinden, die früher einen Bürgermeister und einen Gemeinderechner hatten, die nebenher noch einen ordentlichen Beruf ausübten, konnten diese Aufgaben des Leistungsstaats und der Vorsorge für den Bürger nicht mehr zufriedenstellend bewältigen, so das Argument der Reformer. Konsequenterweise versprachen sie keine Verbilligung der Verwaltung durch Zusammenlegung. Allen war klar, dass eine verbesserte Verwaltung auch teurer werden würde.

So kam es, dass Anfang der siebziger Jahre überall im Bundesgebiet neue Verwaltungsstrukturen geschaffen wurden. Die Bundesländer gingen hierbei unterschiedliche und nicht immer glückliche Wege. So macht es für die Bürger einen großen Unterschied, ob ihre Gemeinde den hergebrachten Namen behält oder ob sie Teil einer Großgemeinde mit einem Kunstnamen wird, mit dem sich keiner identifizieren kann. Die Bewohner von Weimar an der Lahn müssen schon sehr genaue postalische Angaben machen, damit ihre Gemeinde nicht mit der Stadt von Goethe und Schiller verwechselt wird, und die im Rahmen der Gebietsreform geschaffenen Gemeinden »Lahntal«, »Lahnfels« und »Lahnau« könnte es auf einer Strecke von 242 Kilometern geben.

Die Bestrebungen, mittels größerer Verwaltungseinheiten leistungsfähigere Gemeinden und Landkreise zu schaffen, und die damit einhergehenden Umbennungen karikierte die »Oberhessische Presse« vom 1. April 1971, als sie den vermeintlichen Zusammenschluß von Ockershausen und Marbach unter dem Namen »Ockersbach« vermeldete und bekanntgab, dass an einem Verbindungstunnel zwischen beiden Orten bereits gearbeitet werde.[29]

Den Höhepunkt der Umbenennungen bildete die Stadt »Lahn«, ein Zusammenschluss der beiden völlig unterschiedlichen Städte Gießen und Wetzlar mit 15 Kilometern Baggerseen, Wiesen und Feldern dazwischen.[30] Dieses Kunstwerk erhielt als großstädtischen Anstrich das bislang für Leipzig reservierte Autokennzeichen »L« zuerkannt.

Mit der Stadt »Lahn« war der Höhepunkt der Gebietsreform erreicht und überschritten. Nach heftigem Bürgerprotest, der vor allem den postalischen Namen »Lahn 2« für Wetzlar anprangerte, scheiterte die Vereinigung der beiden Städte; die Angelegenheit kostete dem hessischen Ministerpräsidenten Osswald sein Amt. Dennoch darf bei dieser dramatischen Entwicklung nicht übersehen werden, dass die Neuordnung der Gemeinden der Intention

27 Werner Fritzsche, Joachim Hardt und Karlheinz Schade: Universitätsbauten in Marburg 1945–1980. Baugeschichte und Liegenschaften der Philipps-Universität (Schriften der Universitätsbibliothek Marburg 116), Marburg 2003, S. 73.

28 Die starke Verrechtlichung in den Bereichen der Sozialhilfe und der Jugendförderung war offenbar kein Thema.

29 Oberhessische Presse vom 1. April 1971, auch in: StA MR, 4 D 3668 und in: Nachlass 1 Hermann Bauer 1531.

30 Johannes Koenig: Verwaltungsreform in Hessen (1945–1981). Ziele, Strategien, Akteure (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 151), Darmstadt u. a. 2006, S. 350–475.

nach auf freiwilligen Zusammenschlüssen beruhte.[31] Es ging also keinesfalls darum, einen in Wiesbaden beschlossenen Plan in der Fläche umsetzen und diesen lediglich von den örtlichen Funktionären absegnen zu lassen. Das hatte zur Konsequenz, dass es auf örtlicher Ebene durchaus Gestaltungsspielraum gab, der in unterschiedlichem Grade genutzt wurde. Niederweimar wurde selbst zu einem kleinen Zentrum, ebenso wie Fronhausen, während Niederwalgern dies nicht schaffte.[32] Verhandlungsgeschick der Bürgermeister und persönliche Beziehungen dürften eine große Rolle gespielt haben.

Die Gemeinde Cappel versuchte, um nicht nach Marburg eingemeindet zu werden, durch Eingliederung der umliegenden Gemeinden Ronhausen, Bortshausen und Moischt die kritische Grenze einer lebensfähigen Gemeinde von zehntausend Einwohnern zu erreichen. Die Eingliederungen wurden am 31. Dezember 1971 wirksam. Der Antrag der Gemeinde Wolfshausen, dessen Gemeindevertretung nach vorausgegangener Bürgerbefragung den Zusammenschluß mit Cappel ebenso wie die vorgenannten Gemeinden beschlossen hatte, wurde von der Hessischen Landesregierung abgelehnt. Dass Cappel kein eigenes Zentrum, sondern längst Vorort von Marburg war,[33] aus dem die Stadtwerke schon vor der Gebietsreform Pendler mit Bussen in die Stadt und zurück transportierten, wollte man nicht sehen.[34]

Wie Cappel agierte Marbach mit Dagobertshausen und Michelbach, die am 13. November 1971 eingegliedert wurden.[35] Vor dem Landesgesetzgeber hatten zwar die Eingemeindungen

31 Hauptorgane waren die Gemeindevertretungen, die zum Teil Bürgerbefragungen organisierten wie in Gisselberg und nach hoher Zustimmung als Gemeindevertretung einstimmig den Anschluß an die Stadt Marburg beschlossen; vgl. Gisselberg. Das Dorf der fünf Höfe (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 64), Marburg 1998, S. 139 f. Ohne Bürgerbefragung Ginseldorf, aber mit dem einhelligen Wunsch der Gemeindevertretung, einen Zusammenschluß mit Marburg zu suchen: Ginseldorf. Vom Rottland bis auf's Gebrannte. Beiträge zur Dorfgeschichte (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 76), Marburg 2003, S. 267 u. 269–273.

32 Johannes Koenig: Die Entstehung der Gemeinde Weimar (1971–1974) (Historische Schriften der Gemeinde Weimar (Lahn) 3), Weimar (Lahn) 2014; Heimatwelt 50. Sonderheft: 40 Jahre Gemeinde Weimar, hrsg. v. d. Gemeinde Weimar (Lahn), Weimar 2014; <http://www.gemeinde-weimar.de/images/pdf/Heimatwelt/Heimatwelt%2050.pdf> (Abgerufen: 25. Juli 2018); Marcel Hormel: Die Gemeindegebietsreform von 1974, in: Von Essen nach Hessen. 850 Fronhausen 1159–2009, Fronhausen 2009, S. 915–918. – Nach dem Selbstverständnis des Landes Hessen bereitete die Neugliederung auf der Gemeindeebene »lediglich im Bereich des südlichen Lahntals gewisse Schwierigkeiten, wo es um kleinere, mittlere und größere Lösungen bei der Zusammenfassung von Gemeinden ging. Die mittlere Lösung (Bildung der Gemeinden Weimar und Fronhausen) wurde verwirklicht.« Hessischer Minister des Innern (Hg.) und Karl Reinhard Hinkel (Red.): Hessen: Gemeinden und Landkreise nach der Gebietsreform. Eine Dokumentation, Melsungen 1977, S. 49 f.

33 Seit 1972 ist Cappel auch Sitz der Kreisverwaltung, weil die beengten Räumlichkeiten in der Marburger Oberstadt (Barfüßerstraße 11) zum Auszug auf die grüne Wiese zwangen.

34 Vollständig ausgeblendet in der Chronik von Cappel; vgl. Küther: Cappel (wie Anm. 18), S. 175–180. 60 Prozent der Erwerbstätigen von Cappel pendelten in die Stadt Marburg; Stellungnahme zu den Vorschlägen des Hessischen Innenministers für die gebietliche Neugliederung der Landkreise Biedenkopf und Marburg und der Stadt Marburg an der Lahn. Manuskriptdruck Marburg April 1973, S. 25 (StA MR, 4 D 3642). Mit Schülern und Studenten betrug die Zahl der Pendler nach Marburg fast 90 Prozent (ebd. S. 26).

35 StA MR, 4 D 3668.

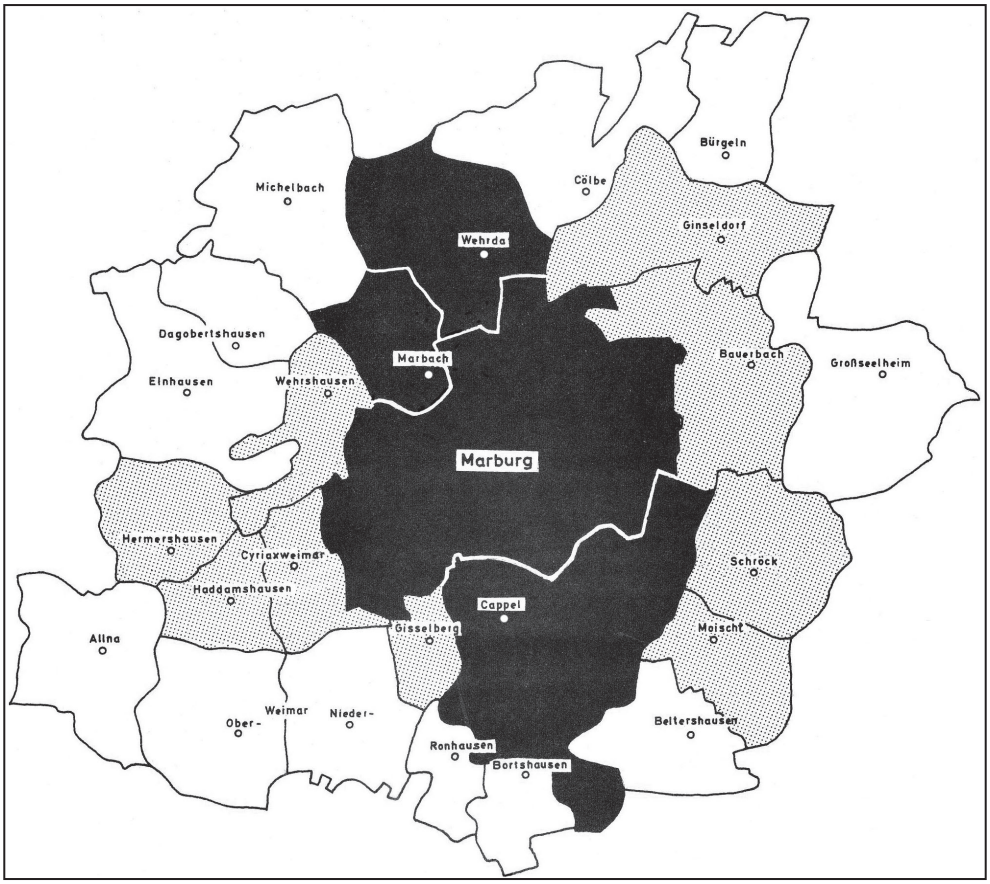

Abb. 2: Modellplanung der Stadt Marburg, April 1971. Die verstädterte Bauzone (schwarz) und der erste Agglomerationsbereich (grau) kamen ganz zu Marburg, der zweite Agglomerationsbereich nur zum Teil [Modellplanung einer Neuordnung des Stadt-Umlandbereiches der kreisfreien Stadt Marburg a. d. Lahn, herausgegeben vom Magistrat der Universitätsstadt Marburg a. d. Lahn, April 1971, Anlage 1, Manuskriptdruck, StA MR, 4 D 3641]

Bestand, nicht jedoch das Streben der angeblichen Zentren Cappel und Marbach, selbständig zu bleiben. Sie wurden also, mitsamt den zuvor angegliederten Dörfern, Teile von Marburg.

Ähnlich hätte es mit Niederweimar und mit Cölbe gehen können, die nach Lage und Sozialstruktur Vororte von Marburg waren und sind, sich aber diesem Zentrum nicht anschließen wollten. Doch hier wollte Wiesbaden eigenständige Gemeinden erhalten. Das hatte zur Konsequenz, dass der Ort Bürgeln sich nicht Marburg anschließen durfte, weil sonst die Großgemeinde Cölbe nicht lebensfähig gewesen wäre.[36] Umgekehrt wurde das Westerwalddorf Dilschhausen ein Stadtteil von Marburg.

36 Oberhessische Presse vom 13. November 1971, auch in: StA MR, Nachlass 1 Hermann Bauer 1531.

Nicht in jedem Fall war Marburg die erste Wahl. Die Gemeindevertretung von Elnhausen entschied im Mai 1971 zunächst, einen Zusammenschluß mit den umliegenden Dörfern, darunter Nesselbrunn, Weiershausen und Weitershausen, anzustreben. Im September des gleichen Jahres jedoch wurde der Anschluß an die Stadt Marburg beschlossen.[37]

Das sind die Ungereimtheiten der Gebietsreform,[38] die ich hier nicht im einzelnen besprechen kann. Die historischen Quellen sind noch nicht aufgearbeitet. Es gibt zwar eine Dissertation aus dem Jahre 2006, die die Unterlagen von Staatskanzlei und Innenministerium in Wiesbaden auswertet, jedoch nichts zum Verlauf der Gebietsreform in Marburg und Umgebung bietet.[39] Die umfangreichen Aktenbestände, die bei der Stadt Marburg, dem Landratsamt und den Gemeinden entstanden sind, wurden bislang noch nicht ausgewertet.[40] Daher muss sich die Darstellung auf die gedruckten Ortschroniken und die Bestände des Stadtarchivs Marburg, die jedoch nur kursorisch hinzugezogen werden konnten, beschränken. Was fehlt, ist eine detaillierte Analyse der einzelnen Phasen der Gebietsreform und eine genaue Untersuchung, wie die Bevölkerung einbezogen und wo über ihre Köpfe hinweg entschieden wurde.

Im Großen und Ganzen erzielte die Stadt Marburg kein schlechtes Ergebnis. Sie hat ihren Namen behalten, sie hat die großen Dörfer im unmittelbaren Einzugsbereich, die schon immer auf Marburg bezogen waren, nämlich Wehrda, Marbach und Cappel, hinzugewonnen, außerdem die Gemeinden in der Umgebung der Universitätsinstitute und der Universitätsklinik auf den Lahnbergen und die westlich von der Kernstadt gelegenen Dörfer in der Nachbarschaft der Behringwerke. Insgesamt ein kompaktes und recht abgerundetes

37 775 Jahre Elnhausen 1235–2010. Ein Dorf wie eine Stadt, o. O. o. J., S. 358 f.

38 Gesetz zur Neugliederung der Landkreise Biedenkopf und Marburg und der Stadt Marburg (Lahn) vom 12. März 1974, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I, 1974 S. 154–157; Koenig: Verwaltungsreform (wie Anm. 30), S. 338 f.; Huth: Landkreis (wie Anm. 13), S. 281–290; E[rhart] Dettmering: Die Gebietsreform, in: Kurmainzisch Land am Lahnberg: Bauerbach und Ginseldorf. Interessantes aus Geschichte und Gegenwart der beiden neuen Stadtteile Marburgs, zusammengetragen und erzählt von Karl A. Müller, Marburg, 3. Aufl. 1983, unveränderter Nachdruck der 2. Aufl. 1975, Erstausgabe 1961, S. 356–360; Drusel: Zeit (wie Anm. 12), S. 65 f.; Calantra 817 – Caldern 2017, Lahntal-Caldern 2017, S. 309; 25 Jahre Landkreis Marburg-Biedenkopf, hrsg. v. Landkreis Marburg-Biedenkopf in Zusammenarbeit mit der Marburger Neuen Zeitung und dem Hinterländer Anzeiger, Zeitungsbeilage 1999; Uta Haase: »Dann gehen die Lichter aus«. Zusammenschluss der Kreise hatte viele Kritiker, in: Jahrbuch für den Landkreis Marburg-Biedenkopf 2014, S. 173 f.; Plädoyer von Oberbürgermeister Dietrich Möller für die Abschaffung der Kreise; Oberhessische Presse vom 4. September 2005.

39 Koenig: Verwaltungsreform (wie Anm. 30). Diese umfangreiche Überblicksdarstellung referiert die Sichtweise der Beteiligten und nennt Literatur zur Gebietsrefom in anderen Bundesländern.

40 Sachakten des Hauptamtes mit zum Teil sehr umfangreichen Stellungnahmen der Stadtverwaltung, die im Manuskriptdruck vervielfältigt wurden: StA MR, 4 D 1855, 2803, 3077, 3631, 3640, 3641, 3642, 3755, 3758 u. 3760; Zeitungsausschnitte: StA MR, 4 D 3669, 16 Q 436, 599, 649, 22 X 204 u. 206, Nachlass 1 Hermann Bauer 345, 346 u. 1531; Korrespondenz des Stadtgeschichtsforschers Hermann Bauer: ebd. 347; einige Materialien in: »Alles für Marburg«. Eine Chronik mit Texten, Dokumenten, Artikeln und Reden aus der 20jährigen Amtszeit von Dr. Hanno Drechsler als Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg 1970–1990, zusammengestellt von Erhart Dettmering (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 33), Marburg 1991, S. 61–70.

Gebiet, das der weiteren Stadtplanung genug Entfaltungsmöglichkeiten bietet und Raum für Gewerbe wie für Einkauf bereitstellt.

Marburg hat es besser getroffen als vergleichbare Städte. Der frühere Oberbürgermeister Dietrich Möller erwähnte gerne, dass Marburg mehr Einwohner als Gießen habe. Ob das heute noch gilt, nach der großen Bevölkerungsverschiebung durch die Bereinigung der Statistik-Schätzungen vor einigen Jahren, ist nicht von Belang.[41] Wesentlich ist, dass Heuchelheim mit seinem großen Gewerbegebiet und die Städte Großen-Linden mit Leihgestern, Watzenborn und Steinberg, mit zum Teil sechsgeschossigen Wohnbauten, nicht zu Gießen rechnen, obwohl sie von ihrer Sozialstruktur her eindeutig auf diese Stadt bezogen sind. Oder nehmen wir Fulda. Die Gemarkung der Stadt ist nur im Westen gewachsen, die großen und wichtigen Orte Petersberg und Künzell im Osten, deren Siedlungsgebiete mit Fulda verwachsen sind, gehören nicht dazu.[42] Man muß also vorsichtig sein, wenn man nominelle Einwohnerzahlen miteinander vergleicht.

Die Gebietsreform vor vierzig Jahren hat weiterhin Bestand. Im Grundsatz wie in sehr vielen Einzelheiten wird sie nicht infrage gestellt; eine Korrektur ist in naher Zukunft nicht zu erwarten. Sie ist das Ergebnis einer besonderen politisch-gesellschaftlichen Konstellation, die es in dieser Form nicht wieder geben wird. Allerdings lag die Eingemeindung der stadtnahen Dörfer Ockershausen, Marbach, Wehrda und Cappel seit Beginn des 20. Jahrhunderts in der Luft.

Ist die Gebietsreform erfolgreich verlaufen?[43] Die Aufbrechung traditioneller soziologischer und konfessioneller Verhältnisse, eines der technokratischen Ziele der Reform, ist zweifellos gelungen. So sind die drei bis zum Zweiten Weltkrieg fast ausschließlich katholisch geprägten Dörfer Schröck, Bauerbach und Ginseldorf nach Marburg gekommen und nicht nach Amöneburg, dem alten kurmainzer Amtssitz.[44] Konfessionelle Unterschiede, von Gegensätzen mag man schon lange nicht mehr sprechen, sind im Laufe der Zeit stark abgeschliffen. Die großen Bevölkerungsverschiebungen während des Zweiten Weltkriegs und in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die wachsende Mobilität und der Trend zur Säkularisierung der Lebenswelt haben dem Vorschub geleistet.

---

41 Die Fortschreibung der Volkszählung von 1987 auf 2011 ergab für die Stadt Marburg 81.147 Einwohner, die Zensusdaten von 2011 reduzierten die Einwohnerzahl auf 72.190; Bianka Möller-Balzer: Der Zensus ging im Landkreis Marburg-Biedenkopf reibungslos über die Bühne. Ergebnisse haben Erwartungen bestätigt, in: Jahrbuch für den Landkreis Marburg-Biedenkopf 2014, S. 53 f.; dies.: Hessen hat gezählt: Die Ergebnisse des Zensus 2011 zur Bevölkerung liegen vor, in: ebd. 2015, S. 115. Der Zensus von 2011 befragte allerdings nur knapp 10 Prozent der Bevölkerung direkt und wertete ansonsten die Melderegister aus; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Oktober 2017, S. 4.

42 Josef Petri: Vor 14 Jahren: Gebietsreform, in: Josef Schwarz (Red.): 1150 Jahre Petersberg, Fulda 1986, S. 285–305; Wolfgang Hamberger (Red.): Geschichte der Stadt Fulda, Bd. 2: Von der fürstlichen Residenz zum hessischen Sonderstatus, Fulda 2008, S. 293 f.

43 Vgl. das abschließende Kapitel »Bewertung und Ergebnis« der umfangreichsten Abhandlung zur Gebietsreform von Koenig: Verwaltungsreform (wie Anm. 30), S. 476–502.

44 Alfred Schneider: Stadt und Amt Amöneburg. Beiträge zur Geschichte der kurmainzischen Besitzungen im Raume Oberhessen, Marburg, 2. Aufl. 1989. Zum konfessionell-politischen Streit um die Gebietsreform im Raum Amöneburg siehe Diethelm Reinmüller: Über 40 Jahre Abschluss der Hessischen Gebietsreform, in: Jahrbuch für den Landkreis Marburg-Biedenkopf 2016, S. 233–236.

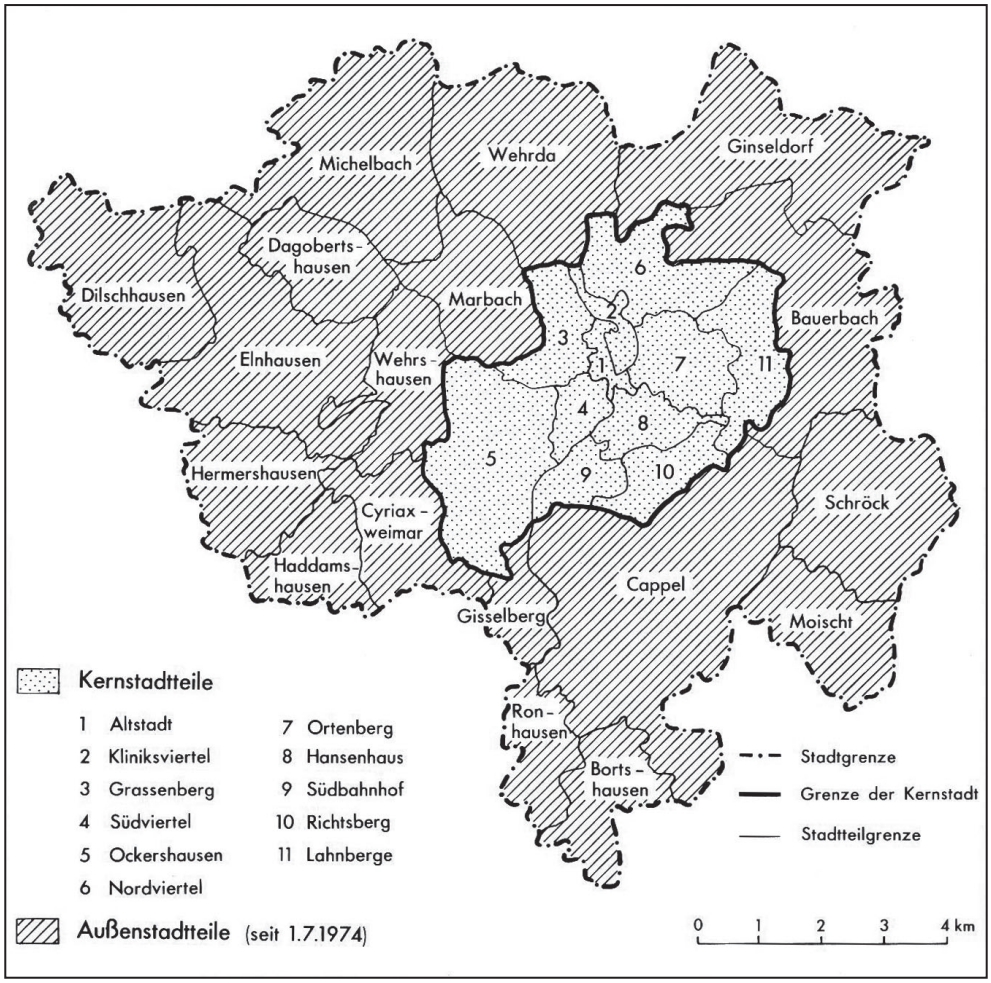

Abb. 3: Marburg vor und nach der Gebietsreform. Die Gliederung der Kernstadt ist nach geographischen, nicht nach verwaltungsmäßigen Gesichtspunkten vorgenommen [Marburg – Maribor. Geographische Beiträge über die Partnerstädte in Deutschland und Slowenien (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 48 = Marburger Geographische Schriften 126), hg. v. Jürgen Leib und Mirko Pak, Marburg 1994 S. 29]

Wenn man sich den Schriftwechsel des Hauptlehrers in Ruhe Jakob Römer aus Marbach anschaut,[45] dann werden die widersprüchlichen Forderungen des stadtnahen Dorfes in den sechziger und siebziger Jahren auf den Punkt gebracht: Erhaltung der Landschaft eines Kurortes, Reservierung der Grundstücke für Baumaßnahmen der Kinder und Enkel, Forderung einer besseren Busanbindung nach Marburg, Ablehnung einer Eingemeindung

45 HStAM, Best. 340 Römer, Nr. 563 (Schriftwechsel wegen der Gemeinde Marburg, 1925–1973).

nach Marburg. Das Aufkommen der Pendler, die er in ihre Dörfer zurückwünscht, das rasche Steigen der Grundstückspreise, die zügige Errichtung von Wohnbauten für Auswärtige wird von ihm wahrgenommen und lebhaft beklagt, aber nicht als Folge einer Verstädterung erkannt, dem sich ein stadtnahes Dorf nicht entziehen kann, zumal dann, wenn hier ein Weltkonzern eine Produktionsstätte ausbaut.[46]

Die Bewohner der Dörfer ahnten, dass mit der Eingemeindung nach Marburg eine neue Zeit heranbrechen würde. Es diente sicher der Selbstvergewisserung, dass die größeren der noch selbständigen Dörfer eine Geschichtschronik schreiben ließen.[47] In mehreren Vorworten wird auf die Eingemeindung nach Marburg hingewiesen.[48] Es steht auf einem anderen Blatt, dass die meisten Autoren dieser Geschichtswerke gar nicht vom Ort stammten, dem sie sich in jahrelanger Arbeit widmeten, sondern außerhalb geboren waren.[49] Aber das ist kein neues Phänomen, sondern gilt für die Lokal- und Regionalgeschichte schon immer. Die Bücher, die Anfang der 1970er-Jahre entstanden, haben aus heutiger Sicht zeitbedingte Mängel, insbesondere blenden sie die nationalsozialistische Zeit komplett aus. Aber sie nötigen auch zu Achtung und Respekt vor der ungeheuren Arbeitsleistung. Heute traut sich keine einzelne Person mehr zu, die Geschichte einer Ortschaft vom Bandkeramiker bis zum Bürgerhaus zu schreiben, und selbst größere Arbeitsgruppen können viele Themenfelder nicht abdecken.

Die hier skizzierten Beobachtungen und Überlegungen[50] möchte ich mit zwei Fragen abschließen. Die Protagonisten der Gebietsreform sahen in der Eingliederung von vielen

46 Noch 1965 hatten die Behringwerke nach Auskunft ihres Briefkopfes ihren Sitz in Marburg (HStAM, Best. 340 Römer, Nr. 563); sie werden auch dorthin ihre Steuern gezahlt haben.

47 Karl Anton Müller: Marbach im Wandel und Werden 1272–1972, Marbach 1972; Wilhelm A. Eckhardt (Hg.): Wehrshausen bei Marburg, Marburg 1974; Otto Immel: Wehrda, Weinstraße, Burg Weißenstein, Marburg, 2. Aufl. 1976, Erstausgabe 1974; Peter Nau und Karl Schober (Bearb.): Schröcker Chronik. Entstehung und Wachstum des Dorfes Schröck bis zu seiner Eingliederung in die Stadt Marburg im Jahre 1974, Marburg 1976; Küther: Cappel (wie Anm. 18). Ein Sonderfall ist, weil schon weit vor der Gebietsreform geschrieben: Müller: Kurmainzisch Land (wie Anm. 38).

48 Eckhardt: Wehrshausen (wie Anm. 47), S. 5: »Wenn die Veröffentlichung dieses Wehrshausen-Buches zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Eingliederungsvertrages in die Stadt Marburg geschieht, so soll dies Beweis dafür sein, daß unser Ort mit seinem hier gezeigten Gepräge gewillt ist, Teil einer größeren Gemeinschaft zu werden, dabei jedoch sein Gesicht zu wahren, so, wie viele andere Stadtteilgemeinden dies vor uns getan haben.« (Vorwort von Bürgermeister Dr. Stegmann); Küther: Cappel (wie Anm. 18), S. 11: »…letzte Chance…zu einer Ortsgeschichte Cappel zu kommen…« (Vorwort des Bearbeiters), vgl. auch S. 10 den Hinweis des Ortsvorstehers und früheren Bürgermeisters Conrad Hahn auf die Herausgabe der Ortschronik von Schröck und Neuauflagen der Chroniken von Wehrda und Bauerbach/Ginseldorf.

49 Vgl. Erwin Knauss: Nachruf auf Waldemar Küther (1911–1985), in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen NF 71, 1986, S. IX f.; zu Wilhelm A. Eckhardt (geboren 1929), siehe Archive und Archivare 13, 1982, S. 146, und Wilhelm A. Eckhardt: Miszellen und Vorträge (Beiträge zur hessischen Geschichte 10), Marburg 1995, S. 5 u. 117–128.

50 Die Rede zum 20. Jahrestag der Gebietsreform 1994 von Oberbürgermeister Dietrich Möller und von der Verwaltung ausgearbeitete Stichworte zum 25. Jahrestag im Jahre 1999 in: StA MR, 4 D 3630; Dietrich Möller: 20 Jahre vergrößertes Marburg. Zur Eingliederung der Umlandgemeinden gab es keine Alternative, in: Jahrbuch Landkreis Marburg-Biedenkopf 1995, S. 129–137; zu den Veranstaltungen von 1999 vgl. StA MR, 4 D 4490 (Festakt in der Stadthalle, Bilderausstellung, Stadtteilrundfahrten).

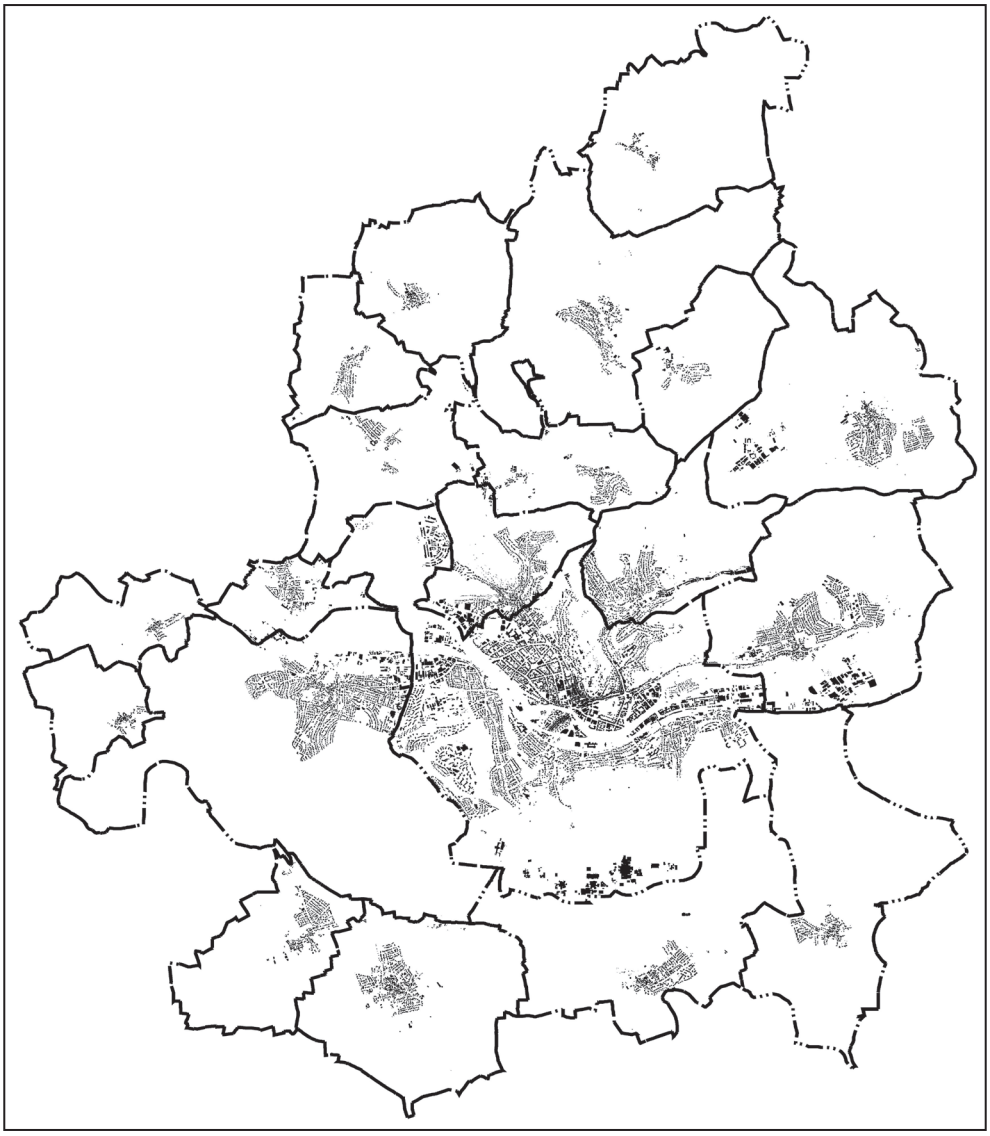

Abb. 4: Verdichtete Bebauung nur in der Kernstadt Marburg und den direkt angrenzenden Vororten, April 2018 [Stadtverwaltung, Fachdienst Vermessung]

Randgemeinden eine Stärkung der betroffenen Städte.[51] Doch stimmt das? Verliert nicht eine Stadt an Urbanität, wenn sie sehr viele Dörfer in sich aufnimmt?

51 Vgl. Hessischer Minister des Innern u. Hinkel: Hessen (wie Anm. 32), S. 49 f.: »Der Raum Biedenkopf wurde durch Eingliederungen in die Stadt Biedenkopf besonders gestärkt.«

Zweitens. Wer durch Studium, Job oder die Liebe nach Marburg kommt und bezahlbaren Wohnraum sucht und in Bauerbach findet, soll er sich als Bauerbacher oder als Marburger fühlen? Und wen es drei Kilometer weiter nach Großseelheim verschlägt, ein Dorf, das sich von dem erstgenannten in Nichts unterscheidet, von wo soll er seine Identität beziehen, von Großseelheim, der Stadt Kirchhain oder doch von Marburg, wohin er jeden Tag und manchmal noch am Abend fährt?